**Deutscher Bundestag**
**13. Wahlperiode**

**Drucksache 13/10170**

24. 03. 98

# Beschlußempfehlung und Bericht

## des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

**zu dem Antrag des Abgeordneten Werner Schulz (Berlin) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
**– Drucksache 13/8645 –**

## Neue Chancen für Ostdeutschland

### A. Problem

Bewältigung des Problemstaus in der ostdeutschen Wirtschaft nach der Vereinigung Deutschlands. Schaffung der Voraussetzungen für eine positive gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung insbesondere in Ostdeutschland.

### B. Lösung

Durchführung der erforderlichen gesamtgesellschaftlichen Reformen. Festschreibung des Aufbaus Ost für mindestens fünf weitere Jahre auf dem gegenwärtigen Niveau mit einem Schwerpunkt beim verarbeitenden Gewerbe und den produktionsorientierten Dienstleistungen. Verstärkung der Förderung von Forschung und Entwicklung sowie der Absatzförderung. Sicherung des Instrumentes der Regionalförderung und Neuregelung der Vergabe von Investitionszuschüssen. Schaffung eines schlüssigen und zukunftstauglichen wirtschaftspolitischen Rahmens, der die ökologische Sanierung und die ökologische Modernisierung mit sozialen Aspekten vor allem der schnellen Schaffung zukunftsgerechter und dauerhafter Arbeitsplätze in Ostdeutschland verbindet. Stärkung des Forschungsstandorts Ostdeutschland und Neuorientierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

**Mehrheitliche Ablehnung im Ausschuß**

### C. Alternativen

Keine

### D. Kosten

Keine

## Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 13/8645 – abzulehnen.

Bonn, den 4. März 1998

**Der Ausschuß für Wirtschaft**

| | |
|---|---|
| **Friedhelm Ost** | **Rolf Kutzmutz** |
| Vorsitzender | Berichterstatter |

## Bericht des Abgeordneten Rolf Kutzmutz

### I.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/8645 – wurde in der 197. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. Oktober 1997 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung und an den Innenausschuß, den Finanzausschuß, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und an den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

### II.

Der Innenausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung am 12. November 1997 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion empfohlen, dem federführenden Ausschuß die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der Finanzausschuß hat den Antrag in seiner 94. Sitzung am 10. Dezember 1997 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS beschlossen, dem federführenden Ausschuß die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat die Vorlage in seiner 118. Sitzung am 12. November 1997 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS beschlossen, dem federführenden Ausschuß die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner Sitzung am 12. November 1997 auf eine Beratung der Vorlage bei Abwesenheit der antragstellenden Fraktion verzichtet.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat den Antrag in seiner Sitzung am 12. November 1997 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS beschlossen, dem federführenden Ausschuß die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

### III.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zielt darauf ab, den Problemstau zu überwinden und neue Chancen für Ostdeutschland zu nutzen. In diesem Zusammenhang wird gefordert, die Förderung des Aufbaus Ost für mindestens fünf Jahre auf dem gegenwärtigen Niveau festzuschreiben. Als Schwerpunkt werden das verarbeitende Gewerbe und die produktionsorientierten Dienstleistungen vorgeschlagen. Auch soll die Förderung von Forschung und Entwicklung sowie die Absatzförderung verstärkt werden. Vordringlich bleibt nach den Vorstellungen der antragstellenden Fraktion der Aufbau einer breiten Basis von selbständigen sowie von kleinen und mittleren Unternehmen. Die leistungsfähigen ostdeutschen Zentren dürfen nicht zu früh aus der Förderung entlassen werden. Die Antragsteller wollen weiterhin das Instrument der Regionalförderung in seinem Bestand sichern. In diesem Zusammenhang soll auch die Vergabe von Investitionszuschüssen neu geregelt und eingeschränkt werden. Auch halten es die Antragsteller für gegeben, daß ein ökologisch orientierter Strukturwandel Chancen für neue Produktionszweige und Produkte bietet, vorhandene Branchen stärkt und bestehende Arbeitsplätze stabilisiert. Ökologische Innovation ist daher auch mit der Entwicklung von exportfähigem Know-how verbunden. Auch soll den öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen im Osten mehr Handlungsspielraum und Planungssicherheit gegeben werden. Ferner sollen die Arbeitgeberbeiträge zu den gesetzlichen Sozialversicherungen nach der Arbeitszeit differenziert werden und somit Anreize zur Senkung betrieblicher Arbeitszeiten geschaffen werden.

### IV.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 4. März 1998 beraten. Er beschloß mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/8645 – zu empfehlen.

Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Gruppe der PDS gefaßt.

Bonn, den 4. März 1998

**Rolf Kutzmutz**

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333